

PROTOKOLL

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am
Donnerstag, dem 30.06.2022,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: FuB/003/2022
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 20:33 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Harald Kruse

stellv. Vorsitzende

Sandra Görtz

Mitglied CDU-Fraktion

Lars Albertmelcher

Jan Lütkemeyer

Sabine Wehrmann

Mitglied SPD-Fraktion

Wilhelm Hunting

Jörg Mäscher

Vertretung für Mathias Otto

Uwe Plaß

Andreas Timpe

Vertretung für Lorenz Brieber

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Alfred Reehuis

Mitglied UWG e.V. Fraktion (Grundmandat)

Falk Landmeyer

Mitglied FDP-Fraktion

Heinrich Thöle

bis 20:33 Uhr

Gäste

Gast/Gäste

keine

von der Verwaltung

Stadtrat Dirk Hensiek

Uwe Strakeljahn

Eric Hügelmeier

ProtokollführerIn

André Lieberwirth

Zuhörer

Presse

Meller Kreisblatt - Herr Buß

Zuhörer

keine

Abwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Lorenz Brieber

Mathias Otto

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 2. Sitzung des Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen vom 22.02.2022
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Jahresabschluss 2021
Vorlage: 01/2022/0164
- TOP 7 Unterjähriger Controllingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 31.05.2022
Vorlage: 01/2022/0170
- TOP 8 Antrag der SPD/Grüne/Linke.-Stadtratsgruppe zur "Budgetaufstockung 'Förderprogramm Naturnahes Melle'"
Vorlage: 01/2022/0141
- TOP 9 Zielsystem für das Haushaltsjahr 2023 und die mittelfristige Planung 2024 bis 2026
Vorlage: 01/2022/0155
- TOP 10 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse eröffnet. Er begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder und die Mitarbeiter aus der Verwaltung. Herr Kruse teilt mit, dass Herr Bieber in den Ruhestand gewechselt ist und dankt ihm für seine langjährige Arbeit im Bereich Haushalt. An der Ausschusssitzung hat Herr Bieber nicht mehr teilnehmen wollen. Aus diesem Grund hat Herr Kruse bereits vorab die Grüße und den Dank des Ausschusses an dem letzten Arbeitstag des Herrn Bieber persönlich im Büro überbracht. Neu im Team Haushalt begrüßt Herr Kruse Herrn Hügelmeyer.

Auch in den Ruhestand gewechselt ist Herr Detmer, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes. Herr Kruse dankt auch ihm für die gute langjährige Zusammenarbeit und hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit dessen Nachfolger Herrn Kleine-Piening.

Herr Kruse stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Mangels anwesender Einwohner werden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt und die Tagesordnung festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 2. Sitzung des Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen vom 22.02.2022

Herr Kruse bedankt sich für die voll umfängliche und gut nachvollziehbare Protokollführung durch Herrn Lieberwirth.

Herr Albertmelcher merkt an, dass sein Name im Protokoll falsch geschrieben ist und bittet dies im nächsten Protokoll zu beachten.

Herr Reehuis fragt nach, über was in diesem Tagesordnungspunkt abgestimmt werden soll. Für ihn sind neben der Beschlussübersicht und dem Protokoll einige weitere Dateien ersichtlich. Herr Kruse teilt mit, dass unter diesem Tagespunkt über das Protokoll abgestimmt wird. Die anderen Dateien stellen Anlagen dar.

Das Protokoll wird einstimmig mit einer Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Hensiek erläutert, dass die Zahlen aus dem Jahresabschluss 2021, dem Controllingbericht zum 31.05.2022 und dem Eckpunktepapier ausschließlich positiv erscheinen. Er gibt aber zu bedenken, dass insbesondere infolge des Ukraine-Kriegs mit steigenden Energiekosten, einem Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften, steigender Inflation und steigenden Zinsen am Kapitalmarkt gerechnet werde. Dies habe Auswirkungen auf die laufenden Aufwendungen, als auch auf die geplanten und kommenden Investitionen,

deren Kosten deutlich steigen werden. Die zukünftige Entwicklung bereitet ihm zum gegenwärtigen Zeitpunkt Sorgen, da Preissteigerungen für die Zukunft, wenn überhaupt, nur schwer abgeschätzt werden können. Hinzu kommt, dass noch ein umfangreiches Investitionsprogramm geplant ist, welches in den letzten Jahren nicht wie geplant abgearbeitet werden konnte. Dadurch wurden die Kreditermächtigungen zu günstigen Konditionen nicht benötigt. Die notwendigen Kredite müssen in den Folgejahren zu einem voraussichtlich deutlich höheren Zinssatz aufgenommen werden. Ein erstes Indiz für deutliche Preissteigerungen bei den Investitionen sowohl auch bei den Aufwendungen, könnten die Mittelanmeldungen aus dem Fachämtern im Rahmen der Haushaltsplanung 2023 darstellen. Weiter führt Herr Hensiek aus, dass sich seine Sorgen nicht auf das Jahr 2023, sondern auf die nachfolgenden Jahre beziehen, da die Steuerrahmenschätzung für das Jahr 2023 weiterhin positiv ausfällt. Demnach kann der Haushalt für das Jahr 2023 voraussichtlich solide aufgestellt werden. In Bezug auf die steigenden Energiekosten und die Verfügbarkeit, insbesondere von Gas, teilt Herr Hensiek mit, dass auch die Stadt Melle alle möglichen Einsparungen vornehmen muss. Die Konditionen für die verschiedenen Energien sind bis zum nächsten Jahr durch Tarife gesichert. Danach werden deutliche Steigerungen bei den Aufwendungen für Energiekosten erwartet. Aufgrund der letzten positiven Haushaltsjahre besteht eine hohe Ergebnismarge, sodass der Ergebnishaushalt der Stadt Melle auch im Notfall für mehrere Krisenjahre gewappnet ist. Zunächst bleibt aber abzuwarten, ob eine derartige Situation entstehen wird, gibt Herr Hensiek zu bedenken. Insgesamt appelliert er daran sich nicht nur auf die derzeitig vorliegenden positiven Zahlen zu fokussieren, sondern sich bereits jetzt auf die finanziellen Auswirkungen vorzubereiten, die aus oben genannten Gründen in den Folgejahren entstehen werden und diese auch stets im Hinterkopf zu behalten.

Herr Reehuis erläutert, dass es ihn nicht verwundert, dass insbesondere aufgrund des Ukraine-Krieges neue höhere Kostenansätze für Investitionen erfolgen müssen. Zusätzlich treiben die allgemeinen Preissteigerungen und die Inflation die Preise in die Höhe. Auf der anderen Seite hat die Stadt Melle in den letzten Jahren stets gut gewirtschaftet. Weiter wird aus dem vorliegenden unterjährigen Controllingbericht zum 31.05.2022 deutlich, dass der Ansatz zur Kreditaufnahme, wenn überhaupt, nur in sehr geringer Höhe in Anspruch genommen werden muss. Auch führt Herr Reehuis an, dass nur die neuen Kredite mit einem deutlich höheren Zinssatz aufzunehmen sein. Die bestehenden Kredite sind mehrjährig festgeschrieben in ihrer Zinsbindung, sodass die Zinserhöhung die Stadt Melle nur im Rahmen der Neuverschuldung trifft. Insgesamt hält er fest, dass unter den gegenwärtigen Umständen die Ermittlung von Planansätzen für die kommenden Jahre schwer zu ermitteln sind.

Herr Albertmelcher kann sich den Aussagen anschließen und warnt zusätzlich vor den Auswirkungen durch die Preisentwicklung der Baukosten, der Zinserhöhung und der Gasversorgung. Sollte im Winter oder Frühling des nächsten Jahres nicht ausreichend Gas zur Verfügung stehen, werden als erstes die Produktionen und damit die Umsätze und Gewinne in der Industrie betroffen sein. Dies wiederum führt zu geringeren Steuereinnahmen und dadurch zu geringeren Erträgen und Einzahlungen im Haushalt der Stadt Melle.

Herr Kruse stimmt ebenfalls den Aussagen von Herrn Hensiek zu. Auch er ist aufgrund der erheblichen Preissteigerungen im Baubereich und bei der Energieversorgung besorgt. Zwar steht die Stadt Melle zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei nur ungefähr der Hälfte der Planschulden, jedoch stehen noch einige geplante Investitionen für die nächsten Jahre aus, auf die sich die Preissteigerungen erheblich auswirken werden. Er bittet daher ausschussübergreifend Prioritäten für die Umsetzungen von Investitionen im Hinblick auf den Finanzhaushalt zu setzen.

Herr Strakeljahn stellt die Entwicklung der aktuellen Zahlen für das Jahr 2022 zu den Steuern und Umlagen vor. Die Gewerbesteuer wird um rund 4 Mio. € höher geschätzt als in der ursprünglichen Planung. Die Erhöhung bei der Gewerbesteuer resultiert zu einem großen Teil aus dem Veranlagungsjahr 2020, in welchem viele Unternehmen ihre Gewerbesteuervorauszahlungen herabgesetzt haben, da davon ausgegangen worden ist, nicht an die Gewinne der Vorjahre anknüpfen zu können. Die Jahresveranlagungen für das Jahr 2020 zeigen aber, dass viele Unternehmen bessere Gewinne erzielt haben als angenommen. Die guten Zahlen kommen daher aus der Vergangenheit. Unter den derzeitigen Voraussetzungen durch u.a. die Gasknappheit im Winter und Frühjahr sowie Lieferschwierigkeiten wird für das Veranlagungsjahr 2022 mit schlechteren Gewinnen der Unternehmen und damit auch mit sinkenden Erträgen aus der Gewerbesteuer gerechnet. Dies bittet Herr Strakeljahn trotz der erfreulichen Zahlen zu berücksichtigen. Bei der Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer wird aufgrund der vorliegenden Steuerschätzung von einem Plus in Höhe von rund 1,8 Mio. € und bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von einem Plus in Höhe von rund 340 T. € ausgegangen. Zusätzlich werden höhere Erträge von 2,2 Mio. € aus dem Finanzausgleich prognostiziert. Hintergrund hierfür ist, dass das Land Niedersachsen im Jahr 2022 die Rückzahlung der Corona-Hilfen aus dem Jahr 2020 ausgesetzt hat. Die Folge aus dem Vorgehen ist, dass die Rückzahlungen in den beiden folgenden Jahren zu leisten sind, sodass im Jahr 2023 und 2024 anstatt von 10 Mio. € ggfls. nur 6 Mio. € an Erträgen zur Verfügung stehen und damit der Stadt Melle wichtige Zuweisungen fehlen werden. Insgesamt wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt für das Haushaltsjahr 2023 mit Mehrerträgen in Höhe von 8,3 Mio. € zur ursprünglichen Planung gerechnet. Aufgrund der geplanten Mehrerträge wird mit Mehraufwendungen bei der Kreisumlage in Höhe von 1,07 Mio. € und aufgrund der erhöhten Gewerbesteuererträge mit Mehraufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 356 T. € gerechnet. Im Saldo wird für das Jahr 2022 ein um 6,90 Mio. € besseres Ergebnis prognostiziert.

Die Rückfrage von Herrn Kruse, ob im Rahmen des Finanzausgleiches bereits Vorauszahlungen seitens der Stadt Melle an das Land geleistet werden können, verneint Herr Strakeljahn.

Herr Hensiek kündigt bereits für die nächste Sitzung das Thema der finanziellen Beteiligung von Kommunen an Windenergieanlagen an. Ein Angebot liegt nach stattgefundenen Gesprächen vor. Es besteht nach § 6 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) die gesetzliche Möglichkeit, dass die Betreiber der Windkraftanlagen den Kommunen auf freiwilliger Basis Beträge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistung anbieten können. Die Beträge dafür betragen 0,2 Cent pro tatsächlich eingespeiste Kilowattstunde. Ein Vertrag wird derzeit erarbeitet, erläutert Herr Hensiek. Aufgrund des komplexen Vertragswerkes und dadurch, dass das Angebot erst in den letzten Tagen vor dem heutigen Ausschuss eingegangen ist, konnte das Thema noch nicht ausreichend vorbereitet werden. Die Thematik wird in den nächsten Ausschuss im geordneten Verfahren eingebracht.

Herr Kruse teilt mit, dass ihm das Thema bereits aus Diskussionen im Ortsrat bekannt ist. Es haben bereits Termine zwischen den Vorhabenträgern und Anliegern stattgefunden. Die betroffenen Ortsteile sollten ein Mitspracherecht bekommen, insbesondere auch über die Verwendung der finanziellen Mittel. Diese sollen im besten Fall direkt den betroffenen Ortsteilen zu Gute kommen. Er bittet die Verwaltung entsprechende Gespräche zur Vorbereitung und Abstimmung zu initiieren.

Auch Herr Timpe ist das Thema bereits aus dem Ortsrat bekannt. Ebenfalls fordert er die direkte Beteiligung der Ortsräte der betroffenen Ortsteile an der Umsetzung der gesamten

Thematik. Die finanziellen Mittel sollen den Ortsteilen zur Verfügung stehen, in denen die Windkraftanlagen stehen.

Herr Reehuis findet es erfreulich, dass durch die finanzielle Beteiligung der Stadt Melle an Windenergieanlagen ein fünfstelliger Mehrertrag erzielt wird. Er erläutert, dass die Erträge in den allgemeinen Haushalt einfließen sollen. Eine konkrete Abgrenzung der Mehrerträge für jeden einzelnen Ortsteil hält er für schwierig, da einige Windkraftanlagen an mehrere Ortsteile angrenzen bzw. sich im Umkreis der Windkraftanlage befinden. Als Beispiel nennt er dafür die Windkraftanlage in Westendorf, die dicht an der Grenze zu Neuenkirchen steht.

Die Umsetzung der finanziellen Beteiligung begrüßt Herr Thöle. Die Betreiber hätten von Beginn der Planung an die Anwohner in dem betroffenen Umkreis um die Windenergieanlagen besser und intensiver beteiligen müssen. Weiter führt er an, dass die Akzeptanz zum Bau von Windrädern steigt, insbesondere durch zukünftige mögliche Energieengpässe, aber auch durch die direktere Einbindung der Anwohner.

Herr Hunting möchte sich zu der Verteilung der Erträge nicht abschließend äußern, sieht aber eine Tendenz zu der Aussage von Herrn Reehuis, dass die Mehrerträge in den allgemeinen Haushalt einfließen sollten. Weiter fragt er, ob auch für Flächenphotovoltaikanlagen analoge Möglichkeiten bestehen, wie bei den Windenergieanlagen.

Herr Hensiek teilt mit, dass es sich im konkreten Fall nur um die Windenergieanlagen handelt. Eine entsprechende Beteiligung der Stadt Melle an Flächenphotovoltaikanlagen kann dem Gesetzestext aber grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Dies müsste aber zunächst geprüft werden. Im Anschluss betont Herr Hensiek noch einmal, dass es sich bei den Zahlungen der Anlagenbetreiber um ein freiwilliges Angebot ohne Gegenleistung an die Stadt Melle handelt und die Stadt Melle nicht auf die Anlagenbetreiber zugegangen ist.

Herr Strakeljahn erläutert, dass die Stadt Melle noch weit weg von der Verteilung der Gelder ist, über die seine Vorredner gesprochen haben. In einem Gespräch mit dem Anlagenbetreiber teilte dieser Herrn Strakeljahn mit, dass bei der derzeitigen Renditesituation zunächst keine weiteren Windenergieanlagen gebaut werden, da der Anlagenbetreiber nur bei einer ausreichenden und höheren Rendite als bei den bisherigen Anlagen in neue Anlagen investieren wird. Entsprechend wird der Betreiber die alten Anlagen weiterlaufen lassen, solange die Rendite höher ausfällt als mit einer neuen Anlage.

Im Ortsrat Gesmold besteht der Wunsch die alten Anlagen möglichst lange weiter zu betreiben, bevor als Ersatz eine neue 250 Meter hohe Anlage gebaut werden, erläutert Herr Kruse. Auf der anderen Seite muss das Genehmigungsverfahren für die neuen größeren Anlagen fortgeführt werden. Im Anschluss besteht noch die Frage wie viel Zeit dem Vorhabenträger für den Bau der neuen Windenergieanlagen bleibt.

Herr Hensiek erläutert, dass die Intention lediglich der Ankündigung für die nächste Ausschusssitzung dienen sollte. Die Debatte sollte daher im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung weitergeführt werden, wenn die Thematik durch die Verwaltung vorbereitet ist.

TOP 6 Jahresabschluss 2021 **Vorlage: 01/2022/0164**

Herr Strakeljahn stellt die dem Protokoll beifügte Folien zum Jahresabschluss 2021 aus der Präsentation vor.

Herr Hensiek erläutert, dass das Ergebnis von noch 35 Mio. € Planschulden zunächst gegenüber früheren Zahlen sehr positiv wirkt. Im Hinblick auf die ausstehende Umsetzung des beschlossenen Investitionsprogramms und die steigenden Kosten für die Investitionen wäre es ihm aber deutlich lieber die Planschulden wären bereits höher, dafür aber auch die beschlossenen Investitionsmaßnahmen mit den günstigeren Kosten abgearbeitet worden. Daher ist die Verringerung der Planschulden im Ergebnis nicht nur positiv zu bewerten, weil zu erwarten ist, dass die künftige Entwicklung zu deutlich höheren Folgebelastungen führen wird.

Herr Lütkemeyer führt aus, dass bereits seit mehr als zehn Jahren darüber diskutiert wird, dass die Planüberträge zu hoch sind. An die immer höher steigenden Planüberträge werden sich aus seiner Sicht alle gewöhnen müssen. Mit einem stetig steigenden Investitionspaket gehen steigende Planüberträge einher, gibt er zu bedenken. Durch Planungen, Genehmigungen und auch dem Umsetzungsprozess der Investitionen an sich kommt es immer wieder vor, dass sich einzelne Maßnahmen um mindestens ein Jahr nach hinten verschieben.

Mehr durchgeführte und abgeschlossene Investitionen und dafür erhöhte Geldschulden wären auch Herrn Reehuis deutlich lieber. Die Haushaltsmittel für die Investitionen wurden durch die Politik bereitgestellt um die geplanten Maßnahmen durchzuführen, obwohl bereits während der Haushaltsplanung berechtigte Zweifel bestanden, ob ein solch großes Investitionspaket umgesetzt werden kann. Aus unterschiedlichen Gründen können nun nicht so viele Investitionen wie geplant umgesetzt werden. Aufgrund der Inflation, steigender Zinsen und allgemeiner Preissteigerungen werden die Investitionen später und deutlich kostspieliger umgesetzt werden. Es bringt aber auch nichts notwendige Investitionen zu streichen. Damit ist niemanden geholfen, erläutert Herr Reehuis.

Herr Kruse fasst zusammen, dass die positiven Zahlen aus dem Jahresabschluss 2021 zur Kenntnis genommen worden sind. Dennoch sind die Themen, Ausführungen und Prognosen zu den Planüberträgen, Schuldenständen sowie steigenden Kosten für die Umsetzung geplanter Investitionen bekannt.

**TOP 7 Unterjähriger Controllingbericht der Stadt Melle zum
Stichtag 31.05.2022
Vorlage: 01/2022/0170**

Herr Strakeljahn stellt die dem Protokoll beifügten Folien zum unterjährigen Controllingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 31.05.2022 aus der Präsentation vor.

Herr Kruse geht davon aus, dass alle finanziellen Mittel für die Beseitigung der weißen und grauen Flecken im Rahmen der Breitbandversorgung eingestellt sind und fragt nach, ob es ein Zeitfenster für den Ablauf der weiteren Gespräche gibt. Herr Strakeljahn und Herr Hensiek erläutern, dass alle derzeit bekannten Kosten im Haushalt bereitgestellt sind und immer wieder Gespräche mit dem Landkreis Osnabrück stattfinden. Einen konkreten Zeitplan gibt es jedoch nicht.

Herr Reehuis befürwortet die zeitnahe Einbringung des Controllingberichtes in die Politik vor der Sommerpause. Damit besteht für die Politik nicht nur eine Kenntnis zur Prognose zum Jahresende, sondern auch die Möglichkeit Steuermöglichkeiten wahrzunehmen. Zum Thema Breitbandversorgung führt er an, dass rund 1,5 Mio. € im Haushalt bereitgestellt wurden und Uneinigkeiten zwischen den Kommunen und dem Landkreis Osnabrück über die

Finanzierung bestehen. Hier müssten aus seiner Sicht vermehrt Gespräche geführt werden und Lösungen erarbeitet werden, damit die Vereinbarung vorangetrieben wird.

Herr Hensiek erläutert, dass durch die Vereinbarung zwischen den Kommunen und dem Landkreis geklärt werden soll, wer künftig die Aufgabe der Breitbandversorgung übernimmt und wie die Finanzierung erfolgen soll. Eine Nachsteuerung ist aus seiner Sicht hier nur bedingt und nicht unmittelbar möglich, da bereits Vertragskonstellationen bestehen und es bei der Vereinbarung nur noch darum geht die Finanzbeziehung zwischen den Kommunen und dem Landkreis abzubilden, damit ein Dritter die Angelegenheiten entsprechend weiterführen kann. Grundsätzlich gibt Herr Hensiek Herrn Reehuis aber recht, dass der Sinn des Controllingberichtes ist, Nachsteuerungsmöglichkeiten für die Politik aufzuzeigen.

Herr Reehuis erwähnt, dass im Rahmen des Produkts 551-01 Förderung von Stadtgrün nur 50 % der gefälltten Bäume nachgepflanzt werden, da das Umweltbüro keine Flächen findet, wo sie neue Bäume pflanzen können. Dabei stellt er klar, dass das Erfordernis besteht, auch neue Bäume zu pflanzen und nicht nur Bäume zu beseitigen. Auch in den Bereichen Natur und Landschaft sowie Umweltschutz wird nach den prognostizierten Zahlen mit einer Unterdeckung geplant. Aufgrund der frühzeitigen Übermittlung des Controllingberichtes können und müssen nun bereits vor der Sommerpause Nachsteuerungsmaßnahmen ergriffen werden.

Herr Kruse teilt mit, dass die Ausführungen von Herrn Reehuis im Fachausschuss geklärt werden müssen und nicht im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen.

Herr Reehuis stellt durch den Controllingbericht fest, dass Investitionen nicht ausreichend und rechtzeitig abgearbeitet werden. Haushaltsreste für die Folgejahre werden die Folge sein. Die Kreditemächtigung wird nicht annähernd wie geplant benötigt. Positiv zu verzeichnen ist, dass eine Neuverschuldung nur in geringer Höhe prognostiziert wird. Insgesamt sind die Folgen die gleichen, wie erst unter Tagesordnungspunkt 6 im Jahresabschluss 2021 besprochen, verdeutlicht Herr Reehuis.

Herr Hensiek erläutert, dass der Bericht zwei Ziele verfolgt. Zum einen sollen sich die Produktverantwortlichen selber mit ihrem Produkt auseinandersetzen und erklären, inwieweit geplante Ziele und Maßnahmen umgesetzt werden konnten oder bis zum Jahresende umgesetzt werden können. Dabei sollen die Produktverantwortlichen selber Nachsteuerungen vornehmen, um am Ende sagen zu können, dass sie alles dafür getan haben, das Ziel zu erreichen. Zum anderen bekommt die Politik aufgezeigt, inwieweit Maßnahmen umgesetzt wurden und bis zum Jahresende umgesetzt werden sollen. Nachsteuerungsbedarfe können durch die zeitnahe Einbringung des Controllingberichtes frühzeitig erfolgen und sollen in den Fraktionen besprochen werden. Die für notwendig erachteten Nachsteuerungsbedarfe sollen dann in den zuständigen Fachausschüssen thematisiert werden. Damit soll gewährleistet werden, dass von Seiten der Verwaltung und Politik alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden um die geplanten Ziele bestmöglich zu erreichen.

Herr Albertmelcher befürwortet die frühzeitige Übermittlung des Controllingberichtes an die Politik. Weiter verdeutlicht er noch einmal die Ausführungen von Herrn Hensiek, dass der Controllingbericht zum einen verwaltungsextern für die Politik wichtig ist, um Nachsteuerungsbedarfe früh zu ermitteln, zum anderen aber auch genauso verwaltungsintern wirkt.

**TOP 8 Antrag der SPD/Grüne/Linke.-Stadtratsgruppe zur
"Budgetaufstockung 'Förderprogramm Naturnahes Melle'"
Vorlage: 01/2022/0141**

Herr Kruse berichtet, dass über den Antrag der SPD/Grüne/Linke – Stadtratsgruppe zur Budgetaufstockung „Förderprogramm Naturnahes Melle“ bereits am 18.05.2022 im Ausschuss für Klimaschutz, Straßen und Tiefbau einstimmig zugestimmt worden ist.

Herr Hensiek gibt einen haushaltsrechtlichen Hinweis und erläutert, dass die gesetzliche Voraussetzung für eine überplanmäßige Aufwendung nicht erfüllt ist, da im Produkt 561-01 noch ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die 10.000 Euro Budgetaufstockung zu decken.

Herr Kruse fragt nach, welche Alternative zur überplanmäßigen Aufwendung neben einem potenziellen Nachtragshaushalt noch bestehen.

Herr Hensiek erläutert, dass eine Budgeterhöhung im Rahmen eines Nachtrags eine Möglichkeit darstellt. Als weitere Alternative führt er an, das Produkt zunächst weiterlaufen zu lassen und die Budgetaufstockung über 10.000 Euro zunächst über andere Maßnahmen im Produkt selbst zu decken. Sollte zum Jahresende das Gesamtbudget im Produkt vollkommen ausgeschöpft sein, kann ein ordnungsgemäßer und gesetzeskonformer überplanmäßiger Aufwand erfolgen.

Herr Strakeljahn berichtet, dass der Amtsleiter des Umweltbüros Thilo Richter im Controllingbericht den Vorschlag gemacht hat, einen Evaluierungsprozess aufzusetzen, da noch nicht abschließend erkennbar ist, ob die Budgetaufstockung überhaupt benötigt wird. Ziel des Evaluierungsprozesses soll sein, aus dem Ergebnis entsprechende Nachsteuerungsbedarfe zu treffen.

Herr Reehuis erläutert, dass die Schwierigkeit besteht, dass es nicht um die Förderrichtlinie Naturnahes Melle insgesamt, sondern um den Untertitel Naturnahes Melle – Bürger der Stadt Melle geht. Es ist bekannt, dass die Landwirtschaft kaum finanzielle Fördergelder abrufen und auch nicht erwartet wird, dass von der Landwirtschaft der ursprünglich geplante Ansatz zur Förderung abgerufen wird. Er hält es jedoch für problematisch und das falsche Signal, das vorhandene Budget aus der Förderrichtlinie für die Landwirtschaft als Deckung zu nehmen für die Förderung der privaten Haushalte. Der Grund des Antrages ist, dieses Problem zu umgehen. Die Budgetaufstockung über einen potenziellen Nachtrag abzubilden hält Herr Reehuis für unzweckmäßig, da der Nachtrag frühestens in der Ratssitzung im September verabschiedet werden kann. Eine Genehmigung durch den Landkreis könnte sich dann bis zum Jahreswechsel ziehen.

Herr Hensiek kann die Ausführungen von Herrn Reehuis nachvollziehen, weist aber darauf hin, dass die Rechtslage eingehalten werden muss. Er stellt die Möglichkeit in Aussicht den Antrag umzuformulieren. Anstatt überplanmäßig ohne Deckungsvorschlag sollen die Mittel über den Jahresüberschuss 2021 zur Verfügung gestellt werden.

Herr Reehuis zeigt sich mit dem Vorschlag von Herrn Hensiek einverstanden. Der letzte Satz soll gestrichen werden. Dafür soll der Satz „Die Mittel werden über den Jahresüberschuss 2021 zur Verfügung gestellt“ eingefügt werden.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 30.06.2022 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Die SPD/Grüne/Linke.-Stadtratsgruppe hat mit Schreiben vom 04.05.2022 folgenden Antrag gestellt:

Das Budget für das Förderprogramm „Naturnahes Melle“ wird für das Jahr 2022 um 10.000 € erhöht. Die Mittel werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Der Beschlussvorschlag wurde in der Sitzung wie folgt geändert:

Das Budget für das Förderprogramm „Naturnahes Melle“ wird für das Jahr 2022 um 10.000 € erhöht. Die Mittel werden über den Jahresüberschuss 2021 zur Verfügung gestellt.

TOP 9 Zielsystem für das Haushaltsjahr 2023 und die mittelfristige Planung 2024 bis 2026 Vorlage: 01/2022/0155

Herr Kruse fragt, ob jemand zum Zielsystem, welches im April im Rahmen der Strategieklausur in Dinklage weitestgehend im Konsens angepasst wurde, Anmerkungen hat.

Herr Reehuis gibt zu bedenken, dass nicht über alles abgestimmt worden ist. Während der Strategieklausur in Dinklage wurde bereits über die Priorität des strategischen Zieles Nr. 4 „Orientierung einer ganzheitlichen Stadtentwicklung an den gesellschaftlichen Bedürfnissen sowie ökonomischen und ökologischen Belangen“ diskutiert. Zur Diskussion stand das strategische Ziel von seiner Priorität C auf die Priorität A anzuheben. Dabei soll kein anderes strategisches Ziel herabgestuft werden, sondern nur die ökologischen Belange verstärkt werden. Über diesen Antrag möchte er gerne im Ausschuss sowie im Rat abstimmen lassen.

Herr Kruse erläutert, dass der Antrag zur Anhebung der Priorität des strategischen Zieles Nr. 4 nicht in schriftlicher Form vorliegt. Bei dem Anliegen von Herrn Reehuis handelt es sich demnach, wenn überhaupt, um einen Änderungsantrag.

Herr Hensiek fasst zunächst für die Öffentlichkeit lobend zusammen, dass die Strategieklausur in Dinklage unter einer hohen Beteiligung der Ratsmitglieder und konstruktiver Zusammenarbeit aller Beteiligten durchgeführt wurde. Im Ergebnis wurde einvernehmlich das heute zur Beratung stehende Zielsystem erarbeitet. Lediglich hinsichtlich der Priorisierung der strategischen Ziele gab es unterschiedliche Sichtweisen, insbesondere zu dem strategischen Ziel Nr. 4. Da aber Konsens zu den inhaltlichen Änderungen bestand, wurde vereinbart, die Diskussion zur Priorisierung zurückzustellen und in der Fachausschusssitzung und schließlich im Rat fortzusetzen und zu entscheiden. Weiter führt Herr Hensiek aus, dass das strategische Ziel Nr. 5 „Die Leistungsfähigkeit des städtischen Haushaltes und die Vorteile des Standortes werden verfestigt und dauerhaft gesichert“ aus seiner Sicht auf Priorität A beizubehalten sei, da die geordneten Finanzen Voraussetzung seien, andere strategische Ziele erreichen zu können. Auch weist er darauf hin, dass nicht alle Prioritäten immer erhöht werden können, sondern im gleichen Zuge dann auch strategische Ziele in ihrer Priorität gesenkt werden sollten.

Herr Albertmelcher bestätigt die Aussage von Herrn Hensiek zur kollegialen Zusammenarbeit der Politik während der Strategieklausur in Dinklage. Die Frage der Priorität des strategischen Zieles Nr. 4 wurde in seiner Fraktion besprochen. Im Ergebnis wurde das strategische Ziel Nr. 5 in der Priorität als bedeutender erachtet. Dennoch sollte das strategische Ziel Nr. 4 in seiner Priorität von C auf B angehoben werden.

Die Aussagen von Herrn Albertmelcher zur Priorität des strategischen Ziels Nr. 4 kann Herr Reehuis nicht unterstützen. Er möchte nicht, dass das strategische Ziel Nr. 5 in seiner Priorität

abgesenkt wird, jedoch müssen die ökologischen Ziele den finanziellen Zielen gleichgestellt werden.

Herr Hunting stellt klar, dass aufgrund der unterschiedlichen Meinungen über die Gewichtung der Priorität abgestimmt werden muss. Weiter führt er aus, dass ökologische und ökonomische Aspekte in einem ganz engen Zusammenhalt stehen. Auch er spricht sich dafür aus das strategische Ziel Nr. 4 mit dem Ziel Nr. 5 in der Priorität gleichzusetzen.

Herr Albertmelcher erläutert, dass in den letzten Jahren immer als oberstes Ziel Wert darauf gelegt wurde einen soliden Haushalt aufzustellen. Er stimmt Herrn Reehuis und Herrn Hunting zu, dass die ökologischen Belange stärker gewichtet werden müssen als bislang. Jedoch muss der Haushalt mit seiner Leistungsfähigkeit dafür sorgen, dass etwaige Maßnahmen des strategischen Ziels Nr. 4 umgesetzt werden können. Aus diesem Grund ist das strategische Ziel Nr. 5 stärker zu priorisieren als das strategische Ziel Nr. 4.

Herr Lütkemeyer unterstützt die Aussage von Herrn Albertmelcher. Je besser der Haushalt der Stadt Melle finanziell aufgestellt ist, desto mehr Maßnahmen können geplant und umgesetzt werden.

Herr Timpe erläutert, dass das strategische Ziel Nr. 4 viele derzeit wichtige Handlungsschwerpunkte vereint, die unter gegenwärtigen Umständen deutlich höher priorisiert werden müssen. Es besteht Einigkeit, dass ohne zur Verfügung stehende finanzielle Mittel auch keine Maßnahmen umgesetzt werden können, auch wenn beide strategischen Ziele mit „A“ priorisiert sind.

Durch eine nachhaltige Gebäudesanierung, werden Betriebskosten gespart, erläutert Herr Hunting. Daher müssen zunächst etwaige Investitionen durchgeführt werden, um die Folgekosten für die Folgejahre möglichst gering zu halten. Weiter führt er aus, dass der Aufbau der Stadtwerke rein unter finanziellen Gesichtspunkte unvorteilhaft erscheint. Jedoch bringen eigene Stadtwerke unter der Betrachtung von Nachhaltigkeitskriterien den Finanzen überwiegende Vorteile bei der stärkeren Unabhängigkeit der Energieversorgung mit sich, insbesondere nach den Geschehnissen des 24.02.2022.

Herr Kruse merkt an, dass er die Argumentation mit den Stadtwerken im Hinblick auf die Situation umliegender Stadtwerke für gefährlich hält, da diese derzeit mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen haben. Das betrifft die wirtschaftlichen Aspekte, aber auch die Gewinnung von nachhaltigem Strom und Gas. In der gegenwärtigen Situation ist es eher positiv zu bewerten, dass die Stadt Melle noch keine eigenen Stadtwerke führt.

Herr Albertmelcher kann die Aussagen seiner Vorredner nachvollziehen. Dennoch weist er darauf hin, dass ein solide aufgestellter Haushalt das Fundament darstellt um weiterhin eigenständig und frei über die eigenen Finanzen entscheiden zu können. Daher bleibt er bei seiner Meinung, dass die Finanzen in ihrer Priorität schwerer gewichtet werden müssen als die ökologischen Ziele.

Herr Landmeyer fragt bei Herrn Hensiek nach, wann die festgelegte Priorität greift und warum die Festlegung der Priorität ausschlaggebend ist. Herr Hensiek erläutert, dass durch die Priorisierung geklärt ist, welche Maßnahme zuerst umgesetzt wird, sollten Maßnahmen in Konkurrenz zueinanderstehen. Die Konkurrenz besteht auch, wenn die finanziellen Mittel für eine Maßnahme nicht vorhanden sind. Das wiederum heißt nicht, dass bei strategischen Zielen von niedrigeren Priorisierungen keine Maßnahmen umgesetzt werden, sondern nur höher priorisierte strategische Ziele in Konkurrenz bevorzugt werden. Der Haushalt bildet die Grundlage für die Umsetzung aller Maßnahmen und damit der Erreichung der gesetzten Ziele. Daher gelte die Aufstellung des Haushaltes als Königsdisziplin des Rates, macht Herr Hensiek deutlich. Die Priorität „A“ für das strategische Ziel Nr. 5 ist für ihn daher zwingend notwendig.

Herr Strakeljahn gibt einen Hinweis über die Auswirkungen der höheren Priorisierung des strategischen Ziel Nr. 4 auf „A“ im Hinblick auf das strategische Ziel Nr. 7. Damit würden die ökologischen Belange vor den der Schulen und Kindertagesstätten stehen. Ob dies entsprechend gewünscht ist oder gleichgestellt werden soll, ist politisch zu entscheiden.

Herr Reehuis möchte verhindern, dass die strategischen Ziele gegeneinander ausgespielt werden. Am Ende könnte es danach aussehen, dass die ökologischen Ziele gefördert werden sollen und die Themen Schule, Bildung und Kindertagesstätten gleichermaßen zurückgestellt werden sollen, obwohl dies nicht der Fall ist. Er findet es falsch, die Finanzen vor die ökologischen Ziele und damit vor die Lebensgrundlagen zu stellen. Dass jede Maßnahme finanziert sein muss, ist selbstverständlich. Er fordert noch einmal auf, über die höhere Priorisierung des strategischen Zieles Nr. 4 von „C“ auf „A“ abzustimmen.

Die ökologischen Ziele mit den finanziellen Zielen gleichzusetzen oder sogar höher zu priorisieren, kann sich nur der öffentliche Sektor leisten, macht Herr Hensiek deutlich. Ein solches Verhalten führt zu weiteren Schulden, die von nachfolgenden Generationen getragen werden müssen. Die Durchführung von ökologischen Investitionen ist von hoher Bedeutung und muss zweifelsfrei erfolgen. Jedoch müssen die Investitionen finanziert sein.

Herr Landmeyer fragt, ob die Priorität D die letzte Stufe darstellt. Herr Hensiek erläutert, dass es sich um ein freies Bewertungsverfahren handelt. Im derzeitigen Zielsystem sind die strategischen Ziele die mit einer Bewertung von „D“ an niedrigsten bewertet. Niedrigere Prioritäten könnten bei Bedarf aber auch erfolgen. Herr Landmeyer hinterfragt, warum dann nicht alle anderen strategischen Ziele eine Priorität nach hinten verschoben werden und das strategische Ziel Nr. 4 auf Priorität B erhöht wird.

Herr Hensiek erläutert, dass die Verschiebung der Prioritäten nach hinten ein geeignetes Mittel darstellt. Damit wäre das strategische Ziel Nr. 4 nach dem strategischen Ziel Nr. 5 das höchstpriorisierte Ziel und würde sich in seiner Bedeutung von den anderen strategischen Zielen abgrenzen.

Auf der anderen Seite führt Herr Reehuis an, mit der Erhöhung des strategischen Ziel Nr. 4 auf Priorität A einen Ausgleich mit dem strategischen Ziel Nr. 5 zu schaffen. Bei konkurrierenden Zielen muss selbstverständlich ein Ausgleich geschaffen werden. Unter den derzeitigen Belangen ist es nicht akzeptabel, dass das strategische Ziel mit einer Priorität von C geführt wird.

Herr Kruse fasst zusammen, dass die Vorschläge auf dem Tisch liegen. Die Argumentationen drehen sich im Kreis. Daher soll über den Antrag von Herrn Reehuis das strategische Ziel Nr. 4 in seiner Priorität von C auf A anzuheben abgestimmt werden. Weiter fand er die Strategieklausur in Dinklage eine sehr gelungene Veranstaltung, auch aufgrund der guten Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen. Er möchte aber verhindern, dass eine solche Diskussion über die Priorität im Rat geführt wird.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 30.06.2022 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen folgenden Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag zu fassen:

Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag:

Das Strategische Ziel Nr. 4 „Orientierung einer ganzheitlichen Stadtentwicklung an den gesellschaftlichen Bedürfnissen sowie ökonomischen und ökologischen Belangen“ wird in seiner Priorität von C auf A angehoben.

Vor der Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag fragt Frau Wehrmann nach, ob das strategische Ziel Nr. 7 mit der Priorität B oder C bewertet ist. Das strategische Ziel Nr. 7 hat eine Priorität von B, antwortet Herr Hensiek.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 30.06.2022 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 7 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Das Zielsystem der Stadt Melle mit den definierten Handlungsschwerpunkten wird auf der Basis der Anlage 3 aktualisiert und zur Grundlage für die Haushaltsplanung des Jahres 2023 sowie der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2026 gemacht.

TOP 10 Wünsche und Anregungen

Wünsche oder Anregungen werden nicht vorgetragen.

Herr Kruse schließt die öffentliche Sitzung um 20:33 Uhr und eröffnet die nichtöffentliche Sitzung um 20:35 Uhr.

gez. 07.09.2022

gez. 02.09.2022

gez. 07.09.2022

Harald Kruse

Dirk Hensiek

André Lieberwirth

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)